



**AgEcon** SEARCH  
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

---

Buchenrieder, G.; Knüpfer, J.: Ländliche Armut in Transformationsökonomien – Wirtschaften ohne außerlandwirtschaftliches Einkommen. In: Brockmeier, M.; Isermeyer, F.; von Cramon-Taubadel, S.: Liberalisierung des Weltagrarhandels – Strategien und Konsequenzen. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 37, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (2001), S.353-364.

---



# LÄNDLICHE ARMUT IN TRANSFORMATIONSÖKONOMIEN – WIRTSCHAFTEN OHNE AUSSERLANDWIRTSCHAFTLICHES EINKOMMEN

von

G. BUCHENRIEDER und J. KNÜPFER\*

## 1 Einleitung

Armut und ungleiche Einkommensverteilung haben im letzten Jahrzehnt in den Transformationsökonomien Europas und Zentralasiens dramatisch zugenommen. Während der Prozentsatz der in absoluter Armut lebenden Bevölkerung in Slowenien, der Tschechischen Republik und Kroatien bei Null anzusiedeln ist, fallen in Zentralasien zwischen 40 und 70 % der Bevölkerung unter die Armutsgrenze. Im Prinzip haben alle Transformationsländer einen wirtschaftlichen Einbruch nach Beginn des Transformationsprozesses erfahren, allerdings war dieser Einbruch in manchen Regionen schärfer und dauerte länger als in anderen Regionen. Verschiedene Gründe können zur Erklärung der sich zuspitzenden Armut herangezogen werden. Zum einen hat die Transformation die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur zusammenbrechen lassen, zum andern hat die sinkende Produktion auf die staatlichen Budgeteinnahmen und privaten Einkommen großen Druck ausgeübt. Insbesondere die sinkende Nachfrage nach dem Faktor Arbeit führte zu abnehmenden privaten Einkommen und sich verstärkenden Einkommensunterschieden. Die zu beobachtende Produktivitätssteigerung im privaten Agrarsektor wird zusätzlich den Druck auf den Arbeitsmarkt verstärken. Daher wird besonders der außerlandwirtschaftliche Bereich eine wichtige Rolle bei der Reduzierung ländlicher Armut spielen.

Dieser Beitrag wird das Ausmaß der ländlichen Armut auf dem Balkan, speziell Bulgarien und Rumänien beleuchten. Beide Länder wurden im Dezember 1999 in Helsinki eingeladen, die Assoziationsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU) zu beginnen. Ausgehend von der Struktur des privaten Agrarsektors wird der Beitrag die Möglichkeiten und Grenzen der von der EU favorisierten Instrumente zur ländlichen Entwicklung kritisch im Hinblick auf die Reduzierung der ländlichen Armut beleuchten. Die Reduzierung der ländlichen Armut ist in Anbetracht der Osterweiterung der EU, in deren Prozess die EU eine stärkere landwirtschaftliche und ländliche Prägung erhält, von höchster Bedeutung.

## 2 Armut im ländlichen Raum während der Transformation

Nach Schätzung der WELTBANK (2000a) sind etwa 20 % der Gesamtbevölkerung der Transformationsländer absolut arm, d. h. sie müssen mit weniger als 2,15 US-\$ pro Kopf und Tag auskommen. Die Anteile der Bevölkerung in absoluter Armut schwanken jedoch in den einzelnen Ländern. Während der Prozentsatz der in absoluter Armut lebenden Bevölkerung in den besser gestellten Transformationsländern wie z. B. der Tschechischen Republik bei Null anzusiedeln ist, leben in Armenien 40 % der Bevölkerung unter die Armutsgrenze. Der relative Armutsrisikoindex ist zudem im Allgemeinen höher für ländliche Gebiete. Mit wenigen Ausnahmen ist besonders in Mitteleuropa und dem Baltikum das Risiko für einen ländlichen Haushalt, arm zu werden, um 50 % höher als für die Bevölkerung im ganzen.

\* Universität Hohenheim (490a), 70593 Stuttgart, Tel./Fax: (0711) 459-3301/ 2582, e-mail: Shrieder@uni-hohenheim.de und Knuepfer@uni-hohenheim.de. Für Hinweise zur Überarbeitung des Manuskripts bedanken wir uns bei Birgit Schäfer und Frank Litzka, Universität Hohenheim.

Neben dem mitunter drastischen Einbruch der Produktion in den ersten Jahren der Transformation ist die zunehmend ungleichmäßige Verteilung der geschrumpften Volkseinkommen die Ursache für die rasche und weite Verbreitung der Armut. In Mitteleuropa, beispielsweise Ungarn hat die Ungleichheit in der Einkommensverteilung relativ wenig zugenommen. Der Gini-Index erhöhte sich lediglich von 0,21 (1987) auf 0,25 zehn Jahre später. In Südosteuropa stellt sich die Situation anders dar. In Rumänien stieg im gleichen Zeitraum der Gini-Index von 0,23 auf 0,30 und in Bulgarien sogar von 0,23 auf 0,41. Dass die Einkommen beim Übergang zur Marktwirtschaft weniger "gerecht" verteilt werden, war angesichts der egalitären Ausgangssituation zu erwarten und bis zu einem gewissen Grade auch erwünscht. In einigen Ländern haben sich aber innerhalb weniger Jahre Verteilungsmuster herausgebildet, die südamerikanischen Verhältnissen entsprechen, z. B. ist der Gini-Koeffizient in Armenien von 0,27 (1987-90) auf 0,59 (1996-99) herauf geschwollen (WELTBANK 2000a). Tendenziell scheinen die Einkommen umso ungleicher verteilt zu sein, je zögerlicher und bruchstückhafter die Strukturformen angegangen worden sind und je stärker ein Land von Korruption betroffen ist. Zudem sind die ehemals flächendeckend funktionierenden sozialen Sicherungssysteme zusammengebrochen. Zumindest in einigen Ländern besteht die Gefahr, dass sich die Armut auf hohem Niveau strukturell verfestigt und zum politisch sozialen Sprengstoff wird.

Innerhalb Europas ist Südosteuropa (SOE) historisch betrachtet die am wenigsten entwickelte Region. Die sozio-ökonomischen Bedingungen waren zu Beginn des Transformationsprozesses entsprechend unvorteilhaft (WELTBANK 2000b). Selbst gegen Ende der 90er Jahre entsprach das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Südosteuropa nur etwa der Hälfte dessen in weiter entwickelten europäischen Transformationsländern. Während in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas (MOE) die Produktivität 1998 etwa eineinhalb mal so hoch war wie in 1989, lag sie in Südosteuropa noch etwa bei 90 % des Niveaus von 1989. Die WELTBANK (2000b) geht davon aus, dass eine verstärkte Restrukturierung der Wirtschaft und Investitionstätigkeit notwendig sein wird, um die Produktivitätszuwächse der letzten Jahre weiterzuführen, die im wesentlichen auf Entlassungen zurückzuführen waren.

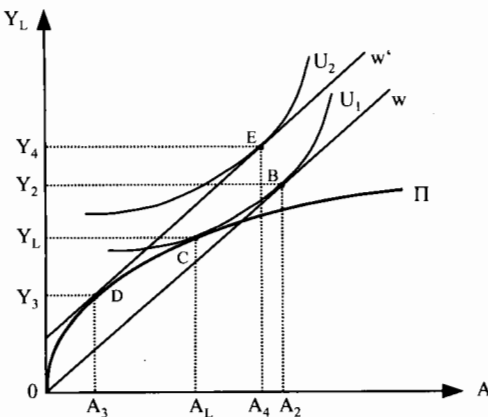
### 3 Nutzenmaximierende Arbeitsallokation im ländlichen Wirtschaftsraum

Nach der neoklassischen Theorie teilt ein landwirtschaftlich orientierter Haushalt seine Gesamtzeit zwischen möglichen einkommensschaffenden Tätigkeiten, z. B. landwirtschaftlichen und möglichen außerlandwirtschaftlichen Arbeiten sowie Freizeit auf. Die Aufteilung hängt von den Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft, den Opportunitätskosten der landwirtschaftlichen Beschäftigung (aus außerlandwirtschaftlicher selbstständiger und selbstständiger Beschäftigung) und der Nutzenfunktion ab (BAUER 2000). Zwei Extreme sind möglich, Spezialisierung in einer Beschäftigung oder Diversifikation (MUNDLACK 2000). Abbildung 1 beschreibt den Entscheidungsprozeß des Nutzen maximierenden landwirtschaftlichen Betriebs. Auf der Abszisse ist die verfügbare Zeit des Betriebs abgebildet.

Die Einkommensfunktion  $\Pi$  bildet das Einkommen in Abhängigkeit des (Arbeits-) Zeiteinsatzes ab (sowohl in Arbeitsstunden und/oder Anzahl der Arbeitskräfte). Bei einer gegebenen Nutzenfunktion  $U_1$  und ohne die Möglichkeit außerhalb der Landwirtschaft zu arbeiten, würde der Landwirt  $A_L$  Arbeit einsetzen, das entsprechende Einkommen  $Y_L$  verdienen und das Nutzenniveau  $C$  erreichen. Sofern ein Arbeitsmarkt besteht und damit die Möglichkeit außerhalb der Landwirtschaft zu arbeiten, könnte der Landwirt das gleiche Nutzenniveau auf  $U_1$  in Punkt  $B$  erreichen, wo die Entlohnungsgerade  $w$  die Nutzenfunktion  $U_1$  berührt. Die optimale Entscheidung in diesem Fall wäre allerdings die verfügbare Zeit zwischen Arbeit in der Landwirtschaft und außerhalb der Landwirtschaft zu teilen, da der Landwirt in diesem Fall die höhere Nutzenfunktion  $U_2$  erreichen könnte. Die Tangente

$w'$  der Entlohnungsgeraden  $w$  berührt die Nutzenfunktion  $U_2$  in  $E$ . Dies entspricht der marginalen Entlohnung in der Landwirtschaft in Punkt  $D$ . In diesem Arbeitsallokationsmodell arbeitet der landwirtschaftliche Betrieb  $A_4$ - $A_3$  Einheiten außerhalb der Landwirtschaft und  $A_3$  Einheiten in der Landwirtschaft. Der Haushalt erreicht das kombinierte Einkommensniveau  $Y_4$ , welches höher ist als das, was erreicht werden könnte, wenn der Betrieb entweder ausschließlich in der Landwirtschaft oder ausschließlich außerhalb arbeiten würde (BAUER 2000). Sofern außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigungsmöglichkeiten im Abhängigen- oder Selbstständigenverhältnis bestehen und das Arbeitsangebot in der Landwirtschaft die Nachfrage übersteigt, ist es dieses höhere Nutzenniveau, das die Diversifikation oder Koexistenz von Beschäftigungen in einem landwirtschaftlichen Haushalt so attraktiv macht (BAUER 2000, MUNDLACK 2000).

**Abbildung 1:** Nutzenmaximierung durch Diversifikation der Beschäftigung im Agrarsektor



Quelle: HENRICHSMEYER und VON WITZKE (1991: 359)

Das theoretische Optimum der kombinierten landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Beschäftigung aus Abbildung 1 hängt von den möglichen abhängigen Beschäftigungen sowie selbstständigen Tätigkeiten außerhalb der Landwirtschaft ab. Diese Möglichkeiten sind jedoch oftmals beschränkt. Die landwirtschaftliche Arbeitskraft wird häufig als quasi fixer Produktionsfaktor bezeichnet, da die Investition in das Humankapital von in der Landwirtschaft Beschäftigten dann hohe verlorenen Kosten verursacht, wenn diese in andern Sektoren beschäftigt werden sollen (BAUER 2000).

Die Opportunitätskosten der in der Landwirtschaft Beschäftigten sinken außerdem mit zunehmendem Alter. In Rumänien sind 58 % der Beschäftigten in landwirtschaftlichen Familienbetrieben älter als 55 Jahre und in Bulgarien sind es 38 %. Trotz der relativ überalterten Beschäftigungsstruktur in der von Familienbetrieben dominierten Landwirtschaft in diesen beiden Ländern, werden in Rumänien 41 % und in Bulgarien 86 % aller Betriebe als Nebenerwerbsbetriebe geführt. Dies kann im wesentlichen auf die Dekollektivierung in Verbindung mit unvollständigen Bodenmärkten zurückgeführt werden, die in kleinen auf die Selbstversorgung ausgerichteten Betrieben resultierte (GREIF 1997, MACOURS und SWINNEN 1998).

#### 4 Umstrukturierung des ländlichen Wirtschaftsraums

Kapitel 4 beschreibt zuerst die Transformation des Agrarsektors und des ländlichen Arbeitsmarkts in MOE. Danach wird ein Überblick über die ländliche Entwicklungspolitik im Hinblick auf die Osterweiterung der EU gegeben.

##### 4.1 Transformation des Agrarsektors und ländlichen Arbeitsmarktes

Im Jahr 1995 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) in den MOEL-10 nur 38 % des EU-Durchschnitts. Mit das niedrigste Niveau war

in Rumänien (32 % des EU-Durchschnitts) und Bulgarien (28 %) zu beobachten. Zwischen 1995 und 1997 betrug das Wachstum in den MOEL-10 durchschnittlich knapp 4 % jährlich, dies verringerte die BIP-Lücke von 38 % des EU-Wertes auf 40 %. Die Kluft hat sich jedoch nicht in allen Ländern verringert. In Rumänien und Bulgarien sank das BIP pro Kopf von 32 % auf 31 % und in Bulgarien von 28 % auf 23 % des EU-Durchschnitts (MOUQUÉ 1999).

Insgesamt ist die Beschäftigung in der Landwirtschaft in den meisten MOEL gesunken, jedoch liegt sie immer noch über dem Niveau der meisten EU-Mitgliedsstaaten. Die Anpassung der Beschäftigtenstruktur im Agrarsektor variierte jedoch stark, da die Länder unterschiedliche Wege der Agrarsektorreform gewählt haben. In einen Ansatz, z. B. in der Tschechischen Republik und Ungarn, geht die Reduzierung der in der Landwirtschaft Beschäftigten einher mit einer Konsolidierung der Großbetriebe, einem starken Abfall der Produktion und Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Im andern Ansatz, z. B. in Bulgarien und Rumänien, hat sich die Zahl der in der Landwirtschaft Arbeitenden weit weniger reduziert, bzw. teilweise sogar erhöht und entsprechend fiel auch die Produktion nicht so stark und der Anteil der Familienbetriebe erhöhte sich (MACOURS und SWINNEN 1998). Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist bis 1997 in Rumänien auf 39 % und in Bulgarien auf 24,4 % gestiegen. Damit weisen diese zwei Länder gemessen an allen zehn EU-Beitrittsländern den höchsten Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten vor Litauen und Polen auf (EC 1999a).

Die Landwirtschaft in Bulgarien litt bis 1997 unter einer trägen Privatisierungs- und Rücküberweisungspolitik. Danach wurde vor allem die Rücküberweisung von Land und landwirtschaftlichen Vermögenswerten beschleunigt, die Preise im Agrarsektor liberalisiert und die Exportsteuern reduziert. Die Rücküberweisung von Land und landwirtschaftlichen Vermögenswerten erwies sich als ein sehr zeitaufwendiger und komplizierter Prozess, da es keine gesicherten Grundbucheinträge gab. Derzeit sind die überwiegende Mehrzahl der Betriebe in Privateigentum, davon sind etwas mehr als 66 % Familienbetriebe und knapp 3 % im Eigentum von juristischen Personen. Die strukturelle Reform in der Landwirtschaft hat zu kleinen Betrieben mit durchschnittlich 3,9 ha geführt. Die durchschnittliche Parzellengröße war 1998 bei 0,6 ha mit etwa acht Millionen Parzellen (KOPEVA, DOICHINOVA und MADJAROVA 2001). Der Anteil der Landwirtschaft an der Volkswirtschaft beträgt derzeit etwa 13 % des BIP.

In Rumänien wurden zwischen 1989 und 1990 spontan die landwirtschaftlichen Genossenschaften aufgelöst und die Restitution der Vermögenswerte wurde durch eine Reihe von Gesetzen legalisiert (DAVIS, BREITSCHOPF und BUCHENRIEDER 2001). Schon im Jahr 1993 waren 86 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche wieder in der Hand von ca. 2,8 Millionen Privateigentümern mit 60 % der Agrarfläche bzw. 80 % der Ackerfläche des Landes in Einzelbetrieben von durchschnittlich etwa 2,2 ha Fläche. Seit 1994 erlaubt das Pachtgesetz Nr. 16 die Flächenumlegung auf Pachtbasis. Seit 1997 liegt die Obergrenze bei der Pachtung von Land bei 500 Hektar. 1998 gab es einen Erlass zur Ausdehnung der Restitution von Boden; die Rücküberweisung wurde von 10 auf 50 ha pro Person ausgedehnt. Das Landgesetz Nr. 1/2000 setzt die obere Grenze für rücküberreignetes Land auf 50 ha für landwirtschaftliches Gelände und für Wald auf 10 ha fest (DAVIS, BREITSCHOPF und BUCHENRIEDER 2001). Eine Folge dieser Vorgehensweise war, dass das meiste Land an die ältere Bevölkerung ging, die 41 % der ländlichen Bevölkerung ausmachte. Demzufolge verfügt die ältere Bevölkerung heute über 65 % des Landes (WELTBANK 2000a). Die Struktur des produzierenden Agrarsektors stellte sich 1997 wie folgt dar: 12 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche war in den Händen der früheren Staatsbetriebe, 12 % wurde durch landwirtschaftliche Gesellschaften bewirtschaftet, 8 % durch landwirtschaftliche Familienverbände und 59 % durch individuelle Familienbetriebe. Im Durchschnitt bewirtschaften die Familienbetriebe etwa 2,2 Hektar. Die Restitution des Bodens und die anschließende schleppende Einführung eines rechtlichen Rahmens für den Bo-

denmarkt führte dazu, dass noch in der zweiten Hälfte der 90er die landwirtschaftliche genutzte Fläche in annähernd 50 Millionen Parzellen aufgeteilt war. Der Anteil der Landwirtschaft an der Volkswirtschaft betrug 1999 etwa 16 % des BIP.

Empirische Untersuchungen weisen darauf hin, dass die ländlichen Haushalte in MOE zwischen 30 und 50 % ihres Einkommens aus Quellen außerhalb der Landwirtschaft beziehen (GREIF 1997). Dieser Anteil entspricht in etwa dem, den ELLIS (1999) im südlichen Afrika (im Durchschnitt 40 %), in Südasien und Lateinamerika gefunden hat, wo ländliche Haushalte etwa 60 % ihres Einkommens von außerhalb der Landwirtschaft beziehen (REARDON et al. 1999). KOPEVA, DOICHINOVA und MADJAROVA (2001) schätzen, dass die privaten landwirtschaftlichen Betriebe in Bulgarien etwa 40 bis 42 % ihres Familieneinkommens außerhalb der Landwirtschaft erwirtschaften. Landwirtschaftliche Familienbetriebe in Rumänien, die auch außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, weisen ein etwa 25 % höheres Einkommen auf als reine landwirtschaftliche Betriebe (HEIDHUES und SCHRIEDER 2000). Der Anteil der Bevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor, der in Koexistenz oder als Diversifikation einen Teil des Einkommens außerhalb der Landwirtschaft erwirtschaftet, variiert stark. In Ungarn beträgt der Anteil 13 %, in Rumänien 41 % und in Bulgarien 66 % (GREIF 1997, MACOURS und SWINNEN 1998). Im Allgemeinen ist die Nachfrage nach Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft in den MOEL mit kleinbäuerlichen Strukturen, wie z. B. in Polen, Bulgarien und Rumänien besonders hoch.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum außerhalb der Landwirtschaft ist in SOE zu einer schwierigen und dringenden Aufgabe geworden angesichts der hohen Arbeitslosenquoten im ländlichen Raum im Balkan und der vergleichsweise niedrigeren Zahlen anderer mittel- und osteuropäischer Transformationsländer. In Transformationsländern leben zwischen 30 bis 50 % der Bevölkerung im ländlichen Raum. Des Weiteren deutet sich an, dass der landwirtschaftliche Sektor nicht in der Lage ist, ausreichend Einkommen für die ländliche Bevölkerung, insbesondere arme Bevölkerungsteile zu schaffen. Das Arbeitsangebot im ländlichen Raum kann demnach nicht produktiv durch den Agrarsektor nachgefragt werden und die Armut ist am steigen. Aufgrund der noch unzureichenden Mobilität des Faktors Arbeit und der begrenzten Aufnahmekapazität der städtischen Ballungsregionen bleibt zur Reduzierung der Armut, nur der außerlandwirtschaftliche Sektor als wichtiger möglicher Nachfrager für Arbeit.

#### **4.2 Ländliche Entwicklung und Osterweiterung der Europäischen Union**

In der EU-15 macht der ländliche Raum 80 % des Gemeinschaftsgebiets aus (EC 1999b). Mit einer Osterweiterung der EU würde sich dieser Anteil sogar noch erhöhen. In der EU bekam die Entwicklung ländlicher Regionen 1988 einen neuen politischen Impuls, als die Europäische Kommission das Arbeitspapier „Situation und Ausblick – Ländliche Entwicklung“ vorlegte (EC 1997). In der Vergangenheit wurden ländliche Gebiete als räumliche Kategorie oft mit der Landwirtschaft als einziger Sektoraktivität gleichgesetzt. Folglich wurden in erster Linie Maßnahmen der Agrarmarkt- und Agrarstrukturpolitik herangezogen, um das Ziel zu erreichen, die „Zukunft der ländlichen Gebiete [zu gewährleisten] und die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen [zu garantieren]“ (EC 1999b: 1). Mit der Agenda 2000 wurde die Notwendigkeit eines territorialen und sektorübergreifenden Ansatzes zur ländlichen Entwicklung politisch anerkannt, indem nicht nur der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), sondern auch der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums im Hinblick auf den territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU eine wichtige Rolle zuerkannt wurde. Während in den 90ern eine sektorbezogene Politik gemacht wurde, favorisiert die Agenda 2000 integrierte Entwicklungsansätze des ländlichen Raums.



Im Hinblick auf die Osterweiterung der EU wurde die sozio-ökonomische Unausgewogenheit zwischen einzelnen Regionen in MOE als eines der hartnäckigsten Transformationsprobleme erkannt (HAARBECK und BOGNER 1997). Neben den klassischen Problemen ländlicher Räume, wie sie in der EU-15 hinlänglich bekannt sind, sind die wesentlichen Ursachen für die stagnierende Entwicklung der ländlichen Räume in MOE direkt oder indirekt auf das Erbe des sozialistischen Systems zurückzuführen (GREIF 1997, KÖSTER 1997):

- Erhebliche Freisetzung von Arbeitskräften während der Transformation.
- Errichtung von wirtschaftlichen Zentren etc. basierte auf zentralistischen Entscheidungen.
- Monostrukturierte Gebiete, d. h. starke Konzentration und vertikale Integration von bestimmten Wirtschaftszweigen.
- hohes Durchschnittsalter der in der Landwirtschaft Beschäftigten.
- Vernachlässigung der ländlichen Infrastruktur, insbesondere auch sozialer Einrichtungen.
- Mobilitätsbeschränkungen des Faktors Arbeit durch mangelhafte Verkehrsinfrastruktur und Engpässe im Wohnungsmarkt.
- Außerordentliche Umweltverschmutzung und –zerstörung.

In den ersten Reformjahren galt das Augenmerk der Transformationsländer der gesamtwirtschaftlichen Stabilität, die verfügbaren finanziellen Mittel wurden auf Wachstumszentren und Wachstumssektoren konzentriert. Darüber hinaus bestand die Auffassung, dass die Marktkräfte dazu beitragen würden, ein annehmbares Gleichgewicht bei der Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Regionen herzustellen. Durch das Erreichen wirtschaftlicher Stabilität erlangte die Entwicklungspolitik, vor allem auf nationaler und regionaler Ebene, einen höheren Stellenwert, und es wurde politisch anerkannt, dass die wachsenden regionalen Disparitäten angegangen werden müssen. Die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft und eine mögliche Förderung durch die sogenannten Strukturfonds der EU ist ein weiterer starker Anreiz für die MOEL, die benötigten dezentralisierten Verwaltungskapazitäten für eine effektive Regionalpolitik zu schaffen.<sup>1</sup> Gegenwärtig gibt es nur in Ungarn, Rumänien und Lettland gesonderte rechtliche Grundlagen für eine Regionalpolitik. In Slowenien und Bulgarien wird im Parlament ein Gesetzentwurf diskutiert.

In Bulgarien wird derzeit im Rahmen der Verfassung eine Regionalpolitik eingeführt, die eine ausgewogene Entwicklung der Regionen fördert. Gegenwärtig werden regionale Maßnahmen entworfen, die Teil der nationalen Entwicklungspolitik sind und auf sektoraler Basis implementiert werden. Für Regionen mit Strukturproblemen wurden spezielle Programme entworfen, die vor allem auf die Verbesserung der Infrastruktur und Umwelt abzielen. Der Gesetzentwurf zur regionalen Entwicklung wird Leitlinien für die Regionalpolitik enthalten, die auf rückständige, industrielle und ländliche Gebiete ausgerichtet wird. In Rumänien wurde die Regionalpolitik bis 1998 im Rahmen einer Raumordnungspolitik durchgeführt. Danach wurde das Regionalentwicklungsgesetz verabschiedet, das auf dem gemeinsamen Grünbuch der EU und der rumänischen Regierung (1998) basiert.

---

<sup>1</sup> Die Strukturfonds unterstützen die regionale Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedsländer gemäß dem Prinzip der Zusätzlichkeit. Für den Zeitraum 2000 bis 2006 stehen insgesamt 195 Mrd. Euro zur Verfügung. Die fünf Strukturfonds sind (1) der Europäische Sozialfonds (ESF), (2) der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), (3) der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, (4) der Kohäsionsfonds und (5) das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF).

Das rumänische Gesetz zur Regionalentwicklung hat das Ziel, einen zusammenhängenden rechtlichen und institutionellen Rahmen für Regionalprogramme zu schaffen. Ferner sieht es den Aufbau einer Nationalen Agentur für Regionalentwicklung vor, die dafür verantwortlich ist, die Hilfen aus den EU-Strukturfonds nach dem Beitritt zu verwalten (MOUQUÉ 1999).

In Zukunft wird, wie schon in den Jahren 1997 bis 1999, das Phare-Programm (*Poland, Hungary Assistance for the Restructuring of the Economy*) den Hauptkanal für Gelder der EU an die MOEL darstellen. Mit der Agenda 2000 der EU stehen nun zwei weitere Instrumente zur strukturellen Vorbereitung der MOEL im Hinblick auf die EU-Osterweiterung zur Verfügung: das strukturpolitische Regionalentwicklungsinstrument ISPA (*Instrument for Structural Policies for Pre-Accession*) und das Rahmenprogramm zur ländlichen Entwicklung SAPARD (*Special Accession Program for Agriculture and Rural Development*).<sup>2</sup>

Mit einer breiten Palette von Maßnahmen soll das Heranführungsinstrument zur ländlichen Entwicklung, SAPARD, den assoziierten Ländern helfen, ihre Teilnahme an der GAP und am Binnenmarkt vorzubereiten. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Verwaltungen der Länder in die Lage zu versetzen, die Strukturfonds der EU nach dem Beitritt adäquat zu verwalten. Dabei darf der Beitrag der EU zur Programmfinanzierung nicht mehr als 75 % der öffentlichen Ausgaben ausmachen. Im Falle von privaten Investitionen darf die gesamte öffentliche Beihilfe 50 % der Gesamtkosten nicht überschreiten, wobei höchstens 75 % der Beihilfe von der EU getragen werden dürfen.

Im Rahmen von SAPARD, entwirft jeder der zehn Beitrittskandidaten einen nationalen Plan für landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung (NPARD: *National Plan for Agricultural and Rural Development*), welcher die Zeit von 2000 bis 2006 umfasst. Die vorgeschlagenen Pläne sollen die jeweiligen nationalen Prioritäten und das Entwicklungspotential der ländlichen Regionen darlegen. Von Seiten der EU werden Markteffizienz und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten als besonders wichtig erachtet. Weiterhin müssen die Pläne die Prinzipien des ländlichen Entwicklungsansatzes der EU berücksichtigen: Konzentration auf benachteiligte Regionen, Zusätzlichkeit der Mittel, Subsidiarität, partnerschaftliche Politikformulierung und Maßnahmenimplementierung und wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit. Von 2000 bis 2006 werden jährlich 520 Mio. Euro für SAPARD zur Verfügung stehen. Rumänien erhält etwas mehr als 150 Mio. Euro, Bulgarien mehr als 50 Mio. pro Jahr. Die indicative Aufteilung der Mittel auf die Bewerberländer in MOE erfolgte nach Kriterien: (1) landwirtschaftliche Bevölkerung, (2) landwirtschaftlich genutzte Fläche, (3) das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards und (4) spezifische Situation einzelner Gebiete.

Inwieweit der nicht-landwirtschaftliche ländliche Sektor dazu beitragen kann, die versteckte und offene Arbeitslosigkeit (durchschnittlich 30 %) in ländlichen Gebieten von Transformationsländern zu reduzieren, ist unklar (KÖSTER 1997). Für Bulgarien hat sich jedoch gezeigt, dass die privaten landwirtschaftlichen Betriebe etwa 40 bis 42 % ihres Familieneinkommens außerhalb der Landwirtschaft erwerben und diversifizierte landwirtschaftliche Familienbetriebe in Rumänien wiesen ein etwa 25 % höheres Einkommen auf,

<sup>2</sup> ISPA wird sich auf zwei Gebiete konzentrieren, dies sind die Umwelt und die Transeuropäischen Netzwerke und ihre Ausdehnung nach Osten. Das ISPA Budget umfaßt 1.040 Mio. Euro pro Jahr von 2000 bis 2006 (Preisbasis 1999) und finanziert bis zu 85 % der öffentlichen Ausgaben. SAPARD ist ein strukturelles Hilfsprogramm für die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung. Es wird die Beitrittsländer insbesondere darin unterstützen, den *Aquis Communautaire* im Hinblick auf die GAP umzusetzen. Das SAPARD Budget umfaßt 520 Mio. Euro pro Jahr von 2000 bis 2006 (Preisbasis 1999). Insgesamt stehen für die beiden Programme pro Jahr von 2000 bis 2006 mehr als 1.500 Mio. Euro auf der Preisbasis von 1999 zur Verfügung. Das Finanzvolumen von Phare, SAPARD und ISPA umfaßt 3 Mrd. Euro pro Jahr von 2000 bis 2006.

als reine landwirtschaftliche Betriebe. Während in der Maßnahmenliste von SAPARD der nicht-landwirtschaftliche Sektor nicht ausdrücklich erwähnt ist, wird er im Grünbuch der EU und der rumänischen Regierung (1998) explizit erwähnt. Die Schaffung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Bereich von Industrie, Handwerk und Dienstleistung ist dort als ein strategisches Ziel aufgeführt. Diese Einschätzung korrespondiert mit VON URFF (1999), der im sekundären und tertiären Sektor die Entwicklungsanreize für ländliche Regionen sieht. Aus diesen Gründen ist der KMU Sektor von großem Interesse für politische Entscheidungsträger.

#### **4 Beschreibende empirische Auswertung der ländlichen Wirtschaftsentwicklung in Bulgarien und Rumänien**

Der Entwicklung des ländlichen Raums wird im Hinblick auf die EU-Osterweiterung zunehmend Beachtung geschenkt. Grundsätzlich stellt sich im Rahmen der ländlichen Regionalpolitik die Frage, ob ein aktiver wirtschaftlicher Ausgleich zwischen den Regionen einer marktwirtschaftlichen Durchsetzung des regionalen Wettbewerbsprinzips vorzuziehen ist. Geht man von vollkommenen und unregulierten Märkten aus, würden sich der Theorie nach regionale Entwicklungsunterschiede über Faktorwanderungen und einer Adaption der Faktorentlohnung ausgleichen. Werden die dem neoklassischen Modell zugrunde liegenden Annahmen wie vollkommene Mobilität und Homogenität der Faktoren aufgehoben, kann der regionale Ausgleich über den Wettbewerb schnell an seine Grenzen stoßen, wenn er nicht von gezielten Maßnahmen begleitet wird. Letztendlich ist es eine politische Entscheidung, ein besseres nationales Gleichgewicht der wirtschaftlichen Möglichkeiten und sozialen Bedingungen zu fördern.

Im Zuge der geplanten EU-Osterweiterung sollen die Heranführungsinstrumente Phare, ISPA und SAPARD die Beitrittskandidaten bei der Bewältigung der strukturellen Herausforderungen unterstützen. Während ISPA ein regionalpolitisches Instrument ist, das schwerpunktmäßig die Umwelt und die Verkehrsnetze der beitriftswilligen Länder Osteuropas fördern soll, spielt SAPARD für die ländliche Entwicklung eine herausragende Rolle. Die Bewerberländer legen dem STAR-Ausschuss (Ausschuss für Agrarstrukturen und die Entwicklung des ländlichen Raums) Pläne zur Entwicklung des ländlichen Raums vor. Der STAR-Ausschuss hat in der Zwischenzeit alle zehn unterbreiteten Programme der Bewerberländer genehmigt. Von den über 150,6 Mio. Euro pro Jahr unter SAPARD, widmet Rumänien innerhalb seines Plans von 2000 bis 2006 durchschnittlich 42,7 % (64,32 Mio. Euro) integrierten Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung. In Bulgarien werden durchschnittlich 23,8 % (12,4 Mio. Euro) von insgesamt über 52,1 Mio. Euro pro Jahr für entsprechende Maßnahmen innerhalb des SAPARD-Programms bereitgestellt. Die strategischen Programmziele von Rumänien und Bulgarien sehen neben der Entwicklung einer leistungsfähigen und nachhaltigen Agrarproduktion und eines eben solchen Ernährungssektors auch eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums vor. Dazu gehört in beiden Ländern die Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten, die Diversifizierung der wirtschaftlichen Tätigkeiten, die Entwicklung und Erneuerung der Infrastruktur sowie die Verbesserung der Berufsbildung von in der Landwirtschaft Beschäftigten. Letztendlich widmen beide Länder lediglich einen kleinen Prozentsatz der SAPARD-Mittel explizit der Entwicklung und Diversifizierung wirtschaftlicher Tätigkeiten im ländlichen Raum: 6,2 % in Bulgarien und 9,6 % in Rumänien (jährlicher Durchschnitt von 2000 bis 2006). Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe hat einen höheren Stellenwert: 30,4 % in Bulgarien und 14,5 % in Rumänien (jährlicher Durchschnitt von 2000 bis 2006). Genau diese Politik der Restrukturierung des landwirtschaftlichen Sektors wird aufgrund der steigenden Arbeitsproduktivität mit verbesserter Kapital- und Bodenausstattung weitere Beschäftigte freisetzen.

Bereits 1997 ergab eine strukturierte Befragung von 220 landwirtschaftlichen Haushalten in drei Provinzen Rumäniens, Timis, Dolj und Brasov, dass bei 41 % der Stichprobe mindestens ein Haushaltsmitglied entweder ganz oder teilweise außerhalb der Landwirtschaft beschäftigt war (BUCHENRIEDER, HEINING und HEIDHUES 2000). Außerdem wurden 77 Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen (KKMU) in Brasov und Dolj (1998) und 74 Betriebe in Timis (1997) befragt.<sup>3</sup> In Rumänien werden KMU als Betriebe zwischen 50 und 250 Beschäftigten kategorisiert. Die befragten Betriebe in der Stichprobe hatten jedoch im Durchschnitt lediglich fünf Beschäftigte, weshalb sie als KKMU zusammengefasst wurden (HEIDHUES und SCHRIEDER 2000). Im Vergleich zur Stichprobe der landwirtschaftlichen Familienbetriebe waren ein großer Anteil der KKMU Betriebsleiter jünger als 35 Jahre (30 %, N=44). Das Durchschnittsalter der landwirtschaftlichen Betriebsleiter war 55 Jahre. Lediglich sechs der befragten KKMU Leiter waren ursprünglich in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Betriebsleiter wurden nach ihren Gründen für die Gründung eines außerlandwirtschaftlichen Unternehmens in ländlichen Regionen gefragt, wobei Mehrfachnennungen erlaubt waren. Die Mehrheit gab an, dass sie zum Zeitpunkt der Gründung der Meinung waren, dass ein nichtlandwirtschaftliches Unternehmen ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage stärken würde (63 % oder 111 Betriebsleiter). Die zweit häufigste Antwort bezog sich auf die positive Entwicklung des Dorfes, die neue Aktivitäten erlaubte (N=41, 23 %). Die Mehrheit der KKMU war im Einzelhandel, einige im Großhandel beschäftigt (43 %, N=63). Der Dienstleistungssektor stellte die Unternehmenstätigkeit von 27,5 % (N=40) der KKMU. Nur zwölf Betriebe verarbeiteten landwirtschaftliche Produkte (8 %). Weitere 12 % der KKMU waren in der Textilbranche, dem Baugewerbe, dem metallverarbeitendem Gewerbe oder der Holzverarbeitung (N=15). Die Betriebsleiter waren aufgefordert die Standortqualität für ihr Unternehmen einzuschätzen. Nimmt man den prozentualen Anteil der als ‚sehr wichtig‘ und als ‚wichtig‘ erachteten Faktoren zusammen, dann ist es die Straßeninfrastruktur, die als wichtigste Standorteigenschaft genannt wird. Danach folgt die Beschäftigtenqualifikation. 90 % aller Betriebsleiter schätzten die Qualifikation der Beschäftigten als ‚sehr wichtig‘ oder ‚wichtig‘ ein. Die Nähe zu Märkten für Betriebsmittel folgte mit 83 %. Es wird nicht überraschen, dass ein großer Anteil der Betriebsleiter von KKMU subventionierte Entwicklungsprogramme gut heißen würden. Tatsächlich gaben 55 % der Betriebsleiter die Einschätzung ‚sehr wichtig‘ für subventionierte KKMU-Unterstützung. Ein nicht unerheblicher Anteil der Betriebsleiter, nämlich 40 % hatte zudem keinen Zugang zu Kredit trotz der Bereitschaft Markzin- sen zu zahlen.

Die Einschätzung des ländlichen Sektors und insbesondere des Beitrags von außerlandwirtschaftlich orientierten Betrieben zur Lebensgrundlage in Bulgarien gründet sich auf den Daten des LSMS (*Living Standard Measurement Survey*), welche die Weltbank 1995 erhoben hat (WELTBANK 1995). Während diese Befragung die Bedeutung einer Einkommensdiversifizierung offen legt, können keine Rückschlüsse auf die Beschränkungen von KMU außerhalb der Landwirtschaft aus dem Datensatz gezogen werden. Eine strukturierte Befragung in diese Richtung wird gegenwärtig unter dem Ace-Phare Projekt P98-1090-R in Bulgarien implementiert. Im LSMS wurden 2.468 Haushalten befragt. Die meisten Haushaltsvorstände waren in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen (83 %, N=2040). Von den positiven Nennungen (Mehrfachnennungen waren erlaubt) gaben lediglich 5 % (N=125) an, einen außerlandwirtschaftlichen Betrieb zu führen. Weniger als 2 % (N=39) hatten einen landwirtschaftlichen Betrieb, allerdings waren etwa 5 % der Befragten (N=3158), die älter als 16 Jahre waren, in der Landwirtschaft beschäftigt. Bezogen auf die

<sup>3</sup> Die Befragung der landwirtschaftlichen Haushalte in Rumänien wurde im Rahmen des EU-finanzierten Ace-Phare Programms P95-2170-R durchgeführt. Die Befragung der rumänischen KKMU außerhalb der Landwirtschaft wurde maßgeblich von der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) unterstützt.

letzten zwölf Monate vor der Befragung, gaben allerdings sogar über 40 % (N=1285) der über 16 jährigen Familienmitglieder an, einer Tätigkeit in der Landwirtschaft nachgegangen zu sein. Über 15 % (N=373) der Familienvorstände gingen befristeten Tätigkeiten nach. Von den Selbstständigen gaben 12 % an, eine zusätzliche Beschäftigung zu suchen, bei den Landwirten waren es 15 %. Lediglich 1,6 % der Befragten, die älter als 16 Jahre waren (N=3158), gingen zum Zeitpunkt der Befragung einer zweiten abhängigen Beschäftigung nach. Allerdings gingen überproportional viele in der Landwirtschaft Beschäftigte (N=154) einer zweiten abhängigen Tätigkeit nach, nämlich 4,5 %. Weiterhin gaben 4,4 % (N=140) der Befragten an, einer weiteren selbstständigen Tätigkeit nachzugehen. Unter den Landwirten waren es ebenfalls 4,5 %, die einer außerlandwirtschaftlichen selbstständigen Tätigkeit nachgingen. Die Tatsache, dass ein sehr hoher Anteil der aktiven Bevölkerung in der Stichprobe während der letzten zwölf Monate einer landwirtschaftlichen Tätigkeit nachgegangen ist, relativ viele Haushalte einer zweiten abhängigen oder unabhängigen Tätigkeit nachgehen oder eine solche suchen, deutet auch in Bulgarien auf die Wichtigkeit einer diversifizierten Beschäftigungsstruktur in der Landwirtschaft zur Sicherung des Lebensunterhaltes hin.

## **5 Schlussfolgerung und Zusammenfassung**

Das Herz des Stabilitätspakts für Südosteuropa, der 1999 nach einem Aufruf der EU beschlossen wurde, ist das Ziel einer Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in der Region. Voraussetzung dafür sind aber grundlegende Strukturreformen, die in den südosteuropäischen Transformationsländern bisher nur sehr schleppend angelaufen sind. Die WELTBANK (2000a) nennt unter ihren Reformprioritäten für Südosteuropa die Armutsbekämpfung und die Bekämpfung zunehmender Einkommensunterschiede. Insbesondere im ländlichen Raum ist die Armut besonders akut. Neben der Entwicklung des ländlichen Raums sind grundlegende Reformen der sozialen Sicherungssysteme notwendig.

Trotz der beträchtlichen Strukturprobleme gibt es in den meisten MOEL bisher noch keine koordinierte Regionalpolitik, obwohl zwischenzeitlich ein aktiverer Ansatz verfolgt wird. Die erforderliche Dezentralisierung der Zuständigkeiten dürfte jedoch noch ein langwieriger Prozess sein (MOUQUÉ 1999). Innerhalb des Heranführungsinstrumentes SAPARD der EU haben jedoch alle zehn MOEL nationale Pläne für landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung vorgelegt, die zwischenzeitlich vom STAR-Ausschuss der Europäischen Kommission genehmigt worden sind. Rumänien widmet durchschnittlich 43 % seiner SAPARD Mittel Maßnahmen zur ländlichen Infrastrukturverbesserung, Förderung der Humanressourcen in der Landwirtschaft sowie Schaffung neuer und Diversifizierung bestehender wirtschaftlicher Tätigkeiten. In Bulgarien werden 24 % der SAPARD Mittel für solche Maßnahmen verwendet. Der Anteil, der explizit für die Entwicklung und Diversifizierung von wirtschaftlichen Tätigkeiten im ländlichen Raum angesetzt ist, ist jedoch verhältnismäßig gering. Weiterhin müssen private Investitionen die durch SAPARD gefördert werden, sowohl in der Landwirtschaft als auch in anderen Sektoren, zu 50 % durch den Investierenden selbst finanziert werden. Hier ist sowohl die Eigen- als auch Fremdfinanzierung für KMU in Bulgarien und Rumänien nach wie vor schwierig, so dass letztendlich insbesondere die kleinsten Unternehmen im Wettbewerb um SAPARD Mittel schlechtere Ausgangsbedingungen haben.

Gerade hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Diversifizierung wirtschaftlicher Tätigkeiten im ländlichen Raum sieht die WELTBANK (2000b) bei den KMU jedoch die größte Beschäftigungsmöglichkeiten in den Transformationsländern. Eine effektive Strategie zur Förderung von KMU muss sich dabei gleichzeitig auf drei Säulen stützen: (1) Finanzierung, (2) Verbesserung des Geschäftsumfeldes und (3) Stärkung des KMU Unterstützungsnetzwerkes. Diese drei Säulen konnten auch in der empirischen Analyse der KKMU außerhalb der Landwirtschaft in Rumänien identifiziert werden. (1)

Nahezu 50 % der rumänischen Betriebsleiter sahen im fehlenden Eigenkapital oder dem mangelnden Zugang zu Kredit eine Hauptbeschränkung für die Betriebsentwicklung. (2) Das Geschäftsumfeld, wie z. B. die Straßeninfrastruktur und der Zugang zu Betriebsmittelmärkten, wurde ebenfalls sehr hoch angesiedelt bei der Einschätzung dessen, was einen Betriebsstandort vorteilhaft macht. (3) Das Bewusstsein, dass Beratung und Marktinformation die Wettbewerbsposition stärken können, ist dagegen bei den rumänischen Betriebsleitern noch wenig ausgebildet. Während das SAPARD Programm einen Beitrag zur Finanzierung von KMU in ländlichen Gebieten von Transformationsländern leistet, muss doch noch ein nicht unerheblicher Anteil der Mittel privater Investoren, die im Wettbewerb um SAPARD Mittel gewonnen haben, durch die Unternehmer selbst aufgebracht werden. In diesem Zusammenhang ist die Existenz eines effektiven ländlichen Finanzwesens von hervorragender Bedeutung. Die ländlichen Infrastrukturmaßnahmen werden teilweise unter SAPARD aber auch ISPA berücksichtigt. Es ist auffällig, dass die SAPARD-Maßnahmen für die wirtschaftliche Diversifizierung des ländlichen Raums über den Zeitraum von 2000-2006 in dem Maße zunehmen, in dem die Infrastrukturentwicklung fortschreitet. Die Diskussion des den Strukturfonds der europäischen Gemeinschaft nachempfundenen ländlichen Heranführungsinstruments SAPARD im Hinblick auf Armutsreduzierung und Beschäftigungsschaffung zeigt, dass SAPARD im Wesentlichen durch die Schaffung von Beschäftigung im ländlichen Raum einen Beitrag zur Armutsreduzierung leisten kann. SAPARD ist aber für Kleinst- und Kleinbetriebe schwer zugänglich, diese stellen jedoch die Mehrheit der ländlichen KMU in MOE.

## Literatur

- BAUER, K. (2000): Modelling agricultural labor response to market developments during transition. IDARA Working Paper 1/1. Bonn, D: University of Bonn, Department for Economics, Agricultural Policy and Agricultural Information Systems, Institute for Agricultural Policy, Market Research and Economic Sociology, Integrated Development of Agriculture and Rural Areas in CEE Countries (IDARA).
- BUCHENRIEDER, G., HEINING, R., and HEIDHUES, F. (2000): Entwicklung ländlicher Finanzmärkte für den kleinbäuerlichen Bereich in Rumänien – Konzept der ländlichen Finanzmarktentwicklung in Transformationsökonomien. Stuttgart, D: Grauer Verlag.
- DAVIS, J. R., BREITSCHOPF, B. and BUCHENRIEDER, G. (2001): The transition to private agriculture in Romania. Lanham, ML, USA: Lexington Books, forthcoming.
- ELLIS, F. (1999): Rural livelihood diversity in developing countries: Evidence and policy implications. Natural Resource Perspectives No. 40. London, UK: Overseas Development Institute (ODI).
- EU and GOVERNMENT OF ROMANIA (1998): Rural development in Romania. Green Paper. Brussels, B and Bucharest, Ro: European Union (EU), Phare Program and Government of Romania, Ministry of Agriculture and Food.
- EUROPEAN COMMISSION (1999a): ESDP – European Spatial Development Perspective. Towards balanced and sustainable development of the territory of the European Union. Brussels, B: European Commission (EC), Council of Ministers responsible for spatial planning.
- EUROPEAN COMMISSION (1999b): Reform der GAP: Entwicklung des ländlichen Raumes. 3. Auflage, August. Brussels, B: European Commission (EC), Generaldirektion Landwirtschaft.
- GREIF, F. (1997): Off-farm income sources and uses in transition economies. Rome, I: Food and Agriculture Organization (FAO).
- HAARBECK, P. und BOGER, S. (1997): Europäische Politik für die Entwicklung ländlicher Räume. Bonn, D: Agrarsektoranalyse (ASA).
- HEIDHUES, F. and SCHRIEDER, G. (eds.) (2000): Romania – Rural Finance in Transition Economies. HEIDHUES, F. and VON BRAUN, J. (Series Eds.). Volume 14 of Development Economics and Policy. Frankfurt, D: Peter Lang Verlag.

- HENRICHSMEYER W. und VON WITZKE, H.-P (1991): Agrarpolitik. Band I, Agrarökonomische Grundlagen. Stuttgart, D: UTB.
- KOPEVA, D., DOICHINOVA, J., and MADJAROVA S. (2001): Rural development in Bulgaria – A brief outline. Sofia, BU: University of national and World Economy, Department of Agribusiness (Phare-Ace P98-1090-R).
- KÖSTER, U. (1997): Labor absorption in the rural economy - The case of transition countries. Opening statement in panel 10 at the XXIII International Conference of Agricultural Economists (IAAE) on Food Security, Diversification and resource management: Refocusing the role of agriculture. August 10-16, 1997, Sacramento, USA.
- MACOURS, K., and SWINEN, J. F. M. (2000): Agricultural labor adjustments during transition in Central and Eastern Europe. Policy Research Group Working Paper No. 16. Leuven, B: Katholieke Universiteit, Department of Agricultural Economics.
- MOUQUE, D. (Hrsg.) (1999): Sechster Periodischer Bericht über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft. Brussels, B: Europäische Gemeinschaft, Generaldirektion Regionalpolitik, [http://www.inforegio.org/wbdoc/docoffic/official/radi/toc\\_de.htm](http://www.inforegio.org/wbdoc/docoffic/official/radi/toc_de.htm) (Zugriff August 2001).
- MUNDLACK, Y. (2000): Agriculture and economic growth. Theory and measurement. Cambridge, MA, USA: Cambridge University Press.
- REARDON, T., STAMOULIS, K., CRUZ, M.-E., BALISACAN, A., BERDEGUE, J. and BANKS, B. (1998): Part III - Rural non-farm income in developing countries. In The state of food and agriculture 1998. Rome, I: Food and Agriculture Organization (FAO).
- URFF, W. VON (1999): Bisherige und zukünftige Bedeutung der Agrarstrukturpolitik für die Entwicklung ländlicher Räume. In Agrarstruktur und ländliche Räume: Rückblick und Ausblick, Landbauforschung Völkenrode (Hrsg.): 241-264. Braunschweig, D: Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL).
- WORLD BANK (1995): Living standards measurement study Bulgaria. Washington, DC, USA: World Bank, <http://www.worldbank.org/lsm/>, accessed July 2001.
- WORLD BANK (2000a): Making transition work for everyone: Poverty and inequality in Europe and Central Asia. Washington, DC, USA: World Bank, <http://www.worldbank.org/html/extpb/abshtml/14720.htm> (accessed October 2000).
- WORLD BANK (2000b): The road to stability and prosperity in South Eastern Europe: A regional strategy paper. Washington, DC, USA: World Bank.